GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

FEMMinistische Politik nach der EU-Erweiterung

Hadj-Abdou, Leila; Mayrhofer, Monika

2006

https://doi.org/10.25595/3077

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hadj-Abdou, Leila; Mayrhofer, Monika: *FEMMinistische Politik nach der EU-Erweiterung*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 15 (2006) Nr: 1, 58–67. DOI: https://doi.org/10.25595/3077.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

FEMMinistische Politik nach der EU-Erweiterung

Leila Hadj-Abdou, Monika Mayrhofer

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs intensivierte sich die wissenschaftliche Debatte im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung zwischen Frauen aus den nunmehr neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) und den alten Mitgliedstaaten. Wissenschaftlerinnen beider Seiten stell(t)en dabei vorrangig Differenzen bezüglich der historischen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen sowie der aktuellen Geschlechterverhältnisse in „Ost" und „West" fest (vgl. u.a. Jalušić 2000; Kreisky 1996). Forscherinnen kamen zu dem Ergebnis, dass das Prinzip der Gleichheit der Geschlechter nach 1989 in den ehemals realsozialistischen Ländern oft anders diskutiert wurde als in westeuropäischen Staaten, Freiheit tendenziell ein höherer Stellenwert beigemessen wurde als Gleichheit bzw. beide Prinzipien als widersprüchlich betrachtet wurden (Jalušić 2000). Die Akzentuierung auf Gleichheit und die Berufung auf „westliche" feministische Traditionen und Forderungen von Seiten „westeuropäischer" Frauen wurden von Forscherinnen und Frauenpolitikerinnen aus den ehemaligen Einparteienstaaten angesichts „staatsfeministischer" Diskreditierung in der sozialistischen Periode vielfach als unreflektierter Eingriff in ihre Lebenswelten verstanden (Šiklová 1993a; Havelková 1995). Unterschiedliche Perspektiven auf frauenpolitische Konzepte, Forderungen und Projekte, die selbstverständlich nicht nur auf reine West/Ost-Differenzen zu reduzieren sind, führten in der Folge zu Missverständnissen und häufig zu einer Reproduktion von binär verfassten Zuschreibungen wie „Westfeministin" und „osteuropäische Frau" (siehe dazu Wöhrer 2004). Dies spiegelte sich auch in zahlreichen Publikation wieder wie etwa „Eine Westfeministin geht in den Osten" (Wallace 1995), „Verstehen die Frauen im Westen die Frauen im Osten?" (Šiklová 1993a), „Why we resist Western-Style Feminism" (Šiklová 1998) und „McDonalds, Terminators, Coca Cola Ads- and Feminism? Import from the West" (Šiklová 1993b). Die tschechische Soziologin Hana Havelková (1995, 147) schreibt dazu: „Vor allem haben wir diejenigen, die uns zu belehren suchten darauf aufmerksam gemacht, dass sie unsere Wirklichkeit durch das Prisma ihrer eigenen Erfahrung und verinnerlichten feministischen Optik lesen." An die Stelle einer Analyse von Unterschieden zwischen Frauen im Hinblick auf z.B. Schicht, sexuelle Orientierung und ethnische Herkunft traten demnach nunmehr Dichotomien von „Ost" und „West". Nicht zuletzt aufgrund einer Abnahme dieses „Feminismusstreites" in der wissenschaftlichen Debatte (zu neueren Beiträgen siehe etwa Ghodsee 2004) kann darauf geschlossen werden, dass sich diese starren Positionen durch die Zusammenarbeit allmählich relativiert haben.

Mit der Erweiterung der EU 2004 bekam diese Thematik jedoch einen neuen Bezugsrahmen. Seit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten sind Politi-

kerInnen und institutionelle RepräsentantInnen aus „alten“ und „neuen“ Mitgliedsländern in der Situation, gemeinsam Gleichstellungspolitik zu formulieren und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund wollen wir der Frage nachgehen, ob zwischen Politikerinnen aus den neuen und alten Mitgliedstaaten Differenzen wahrgenommen werden, d.h. ob in der politischen Debatte analog zum wissenschaftlichen Diskurs Trennlinien zwischen Frauen aus Ost- und Westeuropa sichtbar werden. Darüber hinaus möchten wir erörtern, ob sich demnach europäische Gleichstellungspolitik durch die Zusammenarbeit von Frauen aus „Ost“ und „West“ verändert.
Als Untersuchungsgegenstand wurde von uns der Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (FEMM-Ausschuss) des Europäischen Parlaments (EP) gewählt, da er einen Ort der Verdichtung der Kooperation von Frauen aus den einzelnen Mitgliedstaaten im Bereich der Frauen und Geschlechterpolitik darstellt.
Eine Analyse der Zusammenarbeit von Mitgliedern des Ausschusses aus den „alten“ EU-Staaten mit den Repräsentantinnen der neuen Mitgliedsländer, die erst zum Zeitpunkt der Erweiterung im Mai 2004 ansetzt, greift jedoch zu kurz, denn die Zusammenarbeit von FEMM-Mitgliedern mit politischen AkteurInnen der ehemaligen Beitrittsländer nahm bereits einige Jahre *vor* dem Beitrittsdatum ihren Anfang. Daher wird im Folgenden zur Annäherung an die Fragestellung die Arbeit des FEMM-Ausschusses skizziert und im Besonderen seine Aktivitäten und Schwerpunkte im Erweiterungsprozess analysiert. Danach wollen wir die Entwicklungslinien aufzeigen, die seit der Erweiterung in der Ausschussarbeit feststellbar sind. Als Materialien ziehen wir Dokumente des Frauenauschusses und Plenardebatten des EPs seit 1999 heran, welche durch Interviews mit Abgeordneten des EP ergänzt werden.[1]

Die Arbeit des FEMM-Ausschusses

Der FEMM-Ausschuss ist einer von 20 ständigen Ausschüssen des EP: Er ist verantwortlich für Definition, Förderung und Schutz von Frauenrechten in der EU, für die damit verbundenen Gemeinschaftsmaßnahmen sowie die Unterstützung von Frauenrechten in Drittstaaten. Des Weiteren ist der Ausschuss zuständig für den Bereich der Chancengleichheit einschließlich der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und ihre Behandlung am Arbeitsplatz. Zu seinen Aufgaben zählt ferner die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, die Implementation und Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern, das Follow-Up und die Implementation von internationalen Abkommen und Konventionen inklusive Frauenrechten und Informationspolitik in Bezug auf Frauen. Die Wurzeln des Ausschusses reichen bis in die 1970er Jahre zurück. Nach den EP-Wahlen 1984 wurde der Ausschuss als „Ständiger Ausschuss für die Rechte der Frau“ eingerichtet. Da die inhaltliche Ausgestaltung der Parlamentsarbeit wesentlich von der Arbeit seiner Ausschüsse geprägt wird (vgl. z.B. Shackleton 2002, 101), bedeutete dieser Schritt die institutionelle und rechtliche Verankerung von Frau-

enagenden in der Parlamentsarbeit. Zu seinen rechtlichen Befugnissen zählen die Kontrolle über alle frauenrelevanten Gemeinschaftspolitiken und die Ausarbeitung von Initiativberichten, d.h. der Ausschuss kann in eigenen Berichten auf Problemfelder und Defizite bezüglich der Gleichstellungspolitik hinweisen. Darüber hinaus ist er berechtigt, Stellungnahmen zu den Vorschlägen der Kommission zu verfassen und auf Grundlage des Vertrags von Maastricht auch in einigen Gesetzgebungsprozessen mit zu entscheiden (vgl. Erbe 2002, 21; Albertini-Roth 1998, 60).

Die Rolle des FEMM-Ausschusses im Erweiterungsprozess

Rückblickend kann festgestellt werden, dass der Gleichstellungspolitik im Erweiterungsprozess lediglich eine untergeordnete Rolle zugeordnet wurde (Kopel/Wilke 2005, 8; Rölke 2005, 144). Das EP und vor allem der FEMM-Ausschuss hat wiederholt die Relevanz betont, die Geschlechterperspektive im Erweiterungsprozess zu berücksichtigen, und größere Anstrengungen von der Kommission dazu gefordert. Die Auseinandersetzung mit der Erweiterung vollzog sich dabei auf mehreren Ebenen. Zum einen entsandte der Ausschuss Delegationen zur Unterstützung von Gleichstellungsmaßnahmen und zu Konsultationen über die Lage in den einzelnen Beitrittsländern. Zum anderen wurden BeobachterInnen aus den Erweiterungsländern in die Ausschussarbeit einbezogen und öffentliche Anhörungen zu den Auswirkungen der Erweiterung auf Frauen veranstaltet.

Die im Zuge des Erweiterungsprozesses vom FEMM-Ausschuss in die Debatte eingebrachten Anliegen umfassten eine große Bandbreite von Themen: Frauenbeschäftigung, Gewalt, Frauenhandel, reproduktive und sexuelle Rechte, Repräsentanz von Frauen in Gremien und Institutionen der EU, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Förderung der Zusammenarbeit von Frauenorganisationen in alten und neuen Mitgliedsländern sowie Ausbildung von Frauen. Diese Themen erfuhren dabei durch die Erweiterung eine neue Gewichtung sowie eine zusätzliche Perspektive. Darüber hinaus gab es ein Thema, dessen Behandlung insbesondere durch die Erweiterung an Bedeutung gewann, und damit sozusagen einen neuen Punkt auf der Agenda des Ausschusses darstellte: Die Situation von Frauen, die der Minderheit der Roma angehören.

Die Frage der Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen bildete einen Schwerpunkt angesichts der schwachen Repräsentanz von Frauen in den Beitrittsländern.[2] Diese Problematik wurde wiederholt im Rahmen von Hearings, Konferenzen, Informationstagen in Kooperation mit den Erweiterungsländern, von Statements an die Kommission und in diversen Berichten des Ausschusses aufgegriffen. Der FEMM-Ausschuss regte Initiativen und Kampagnen an, um eine stärkere Sensibilisierung der politischen AkteurInnen zu erreichen und Strategien gegen einen sinkenden Frauenanteil im EP zu entwickeln. In dem am 6. November 2003 vom FEMM-Ausschuss vorgelegten und im Plenum beschlossenen Bericht werden die Regierun-

gen der Mitgliedstaaten und Beitrittsländer u.a. aufgefordert, Auswirkungen unterschiedlicher Wahlsysteme auf die Repräsentation von Frauen zu überprüfen und eventuelle Veränderungen vorzunehmen, den Anteil der Frauen auf den Listen zur Wahl des EP auf mindesten 30% zu erhöhen sowie die Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsprozessen zu fördern (EP 2003, 8f.). In diesem Zusammenhang wurde auf die spezifischen Bedingungen in den Beitrittsländern und auf die tendenzielle Ablehnung der Quotensysteme in den ehemals realsozialistischen Ländern hingewiesen (ebd. 12). Insofern kann hier in gewisser Weise eine im Ausschuss wahrgenommene Trennlinie zwischen alten und neuen Mitgliedsländern im Vorfeld des Beitritts festgestellt werden.

Zusammenfassend möchten wir an dieser Stelle herausstreichen, dass *erstens* das Fundament der Zusammenarbeit von Abgeordneten des FEMM-Ausschusses aus den alten und neuen Beitrittsländern bereits in der Beitrittsphase durch verschiedene Kooperationsprojekte gelegt wurde. In Hearings und durch FEMM-Delegationen in die Beitrittsländer wurden deliberative Prozesse gestartet, welche sowohl die Situation von Frauen in den Beitrittsländern analysieren als auch Vorschläge und unterschiedliche Erfahrungen berücksichtigen und Erwartungen abklären sollte. *Zweitens* kann festgestellt werden, dass der Beitrittsprozess zu einer kontinuierlichen und intensiven Auseinandersetzung des FEMM-Ausschusses zum Thema Erweiterung geführt hat. Die Lokalisierung und Thematisierung der vermeintlichen Differenzen, aber eben auch Gemeinsamkeiten trug dazu bei aufzuzeigen, dass erstere entweder unbegründet waren (z.B. Bildungsstand) oder ähnliche Probleme auch in den „alten" Mitgliedstaaten zu beobachten sind (z.B. hohe Frauenarbeitslosigkeit, mangelnde Implementation der Gleichstellungsrichtlinien). Die Zusammenarbeit führte überdies zu steigender Kooperation in jenen Bereichen, die als „Problemfelder" identifiziert wurden (z.B. politische Partizipation von Frauen) und zu Maßnahmen, die sowohl in den Beitrittsländern als auch in der EU-15 lanciert wurden. *Drittens* muss unterstrichen werden, dass die Unterscheidung zwischen „westlichem" und „östlichem" Rollenverständnis oder die ambivalente Einschätzung des „westlichen" Feminismus in Mittel- und Osteuropa – also die Anspielung, dass es zwischen „Westen" und „Osten" eine Differenz in der Einstellung zur Frauenpolitik und Feminismus geben könnte – in den analysierten Dokumenten ausschließlich von wissenschaftlichen Expertinnen in die Debatte eingebracht wird. Von politischen AkteurInnen wird diese Unterscheidung nicht explizit angesprochen, und es lassen sich vorerst keine signifikanten impliziten Hinweise aus den Dokumenten oder auch den Interviews herauslesen.

Entwicklungslinien nach der Erweiterung

„Es wird nicht progressiv weitergehen mit der EU-Frauenpolitik", so die Koordinatorin Lissy Gröner der Sozialdemokratischen Fraktion im FEMM-Ausschuss im Jänner 2005 (zit. nach Journalistinnenbund 2005, 10). Ob diese Einschätzung stimmt und ob

gar die Erweiterung der EU für eine Veränderung in der Gleichstellungspolitik verantwortlich ist, ist nicht eindeutig feststellbar, weil die Ursachen einer veränderten Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht klar trennbar und identifizierbar sind. Die EU-Erweiterung fand vor dem Hintergrund einer europaweiten angespannten Arbeitsmarktsituation und parallel zu sich verändernden politischen Kräfteverhältnissen statt (EP-Wahl 2004). Das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Faktoren lässt mehrere Entwicklungslinien sichtbar werden. Zunächst möchten wir auf jene Faktoren aufmerksam machen, die den Rahmen der politischen Arbeit im FEMM-Ausschuss abstecken und zu dem Faktor der Erweiterung parallel verlaufen, mit ihm interagieren oder in einem diffusen Wechselverhältnis dazu stehen. Die Komplexität dieser Faktoren erschwert die Beantwortung der Frage, ob nach der Erweiterung neue Spaltungen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik entlang von „Ost" und „West" entstehen. Zum einen handelt es sich um die oben erwähnten „externen" Faktoren wie wirtschaftliche Probleme und hohe Arbeitslosigkeit, die, verbunden mit einer neoliberalen Wirtschaftsrhetorik, Frauen- und Gleichstellungspolitik auf der politischen Agenda verdrängen. Auf diese Tendenz wird nicht nur in der Literatur hingewiesen (vgl. u.a. Lorenz-Mayer 2003; Sauer 2001; Schunter-Kleemann 2002), sie wird auch durch unsere Interviews mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEP) bestätigt. Die liberale Ausrichtung wird durch den Beitritt der zehn MOE-Länder nicht revidiert, sondern gewinnt durch die Dominanz von ebensolchen Tendenzen in diesen Staaten eher an Dynamik (vgl. Jalušić 1998, 14f.). Ein weiterer Faktor ist die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zum konservativen Lager nach den EP-Wahlen von 1999 und 2004.

Tabelle 1: Mitglieder des EP und des FEMM nach Parteien

Fraktionen	1994-1999	1999-2004	2004-2009	FEMM 2004-2009
EPP	181	233	266	13
PES	216	180	201	10
ELDR	38	51	89	4
GR	27	48	42	3
EUL/NGL	33	42	41	2
UPE-EUN	59	31	35	1
EDN-EDD	15	16	27	1
andere	57	25	29	1
gesamt	626	626	730	35

Die Abkürzungen der Parteien bedeuten: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten (EPP), Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament (PES), Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ELDR), Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (GR), Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (EUL/NGL), Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (UPE-EUN), Fraktion Union für das Europa der Nationen (EDN-EDD).

Dieser „externe" Faktor entwickelt sich durch seinen Einfluss auf die Zusammensetzung des FEMM-Ausschusses zum gewichtigen „internen" Faktor, denn die Mehrheitsverhältnisse im Plenum des EP bestimmen auch die Zusammensetzung des Ausschusses und haben Einfluss auf die Vergabe des Vorsitzes. Ein weiterer interner Faktor sind die schon vor der EU-Erweiterung vorhandenen regionalen Differenzen im FEMM-Ausschuss. ExpertInneninterviews bestätigen, dass Diskussionen zu bestimmten Themen (z.B. Prostitution, Abtreibung, Gesundheitspolitik) schon vor der Erweiterung mitunter entlang regionaler Grenzlinien verliefen. Themenspezifisch regionale Unterschiede sind ein charakteristisches Element der Ausschussarbeit und Mehrheitsverhältnisse formieren sich nicht nur entlang von Parteilinien.[3]

Diese Entwicklungslinien sind zunächst auf die schon in der Legislaturperiode *vor* der Erweiterung veränderten Mehrheitsverhältnisse im EP und somit auch im FEMM-Ausschuss zurückzuführen. Neu in der gegenwärtigen Legislaturperiode ist, dass nach der Wahl im Juni 2004 erstmals eine konservative Abgeordnete den Vorsitz des Ausschusses übernahm: die slowakische EVP-Abgeordnete Anna Záborská. Ihre Wahl war umstritten und kam nur durch den Boykott der sozialdemokratischen Fraktion zustande.[4] Umstritten ist Záborska nicht nur aufgrund negativer Äußerungen bezüglich Abtreibung sowie gleicher Rechte für Lesben und Schwule. Von Frauen-NGOs aus ihrem Heimatland werden ihr außerdem mangelnde Aktivitäten in der Gleichstellungspolitik und eine ablehnende Haltung im Hinblick auf Frauenrechte vorgeworfen (vgl. Možnos' vol'by o.J.). Die Befürworterin des „Yes to Family"-Programms der slowakischen christlichen demokratischen Bewegung versprach im Wahlkampf zur EP-Wahl 2004, sich auf europäischer Ebene für Familien und für konservative Werte einzusetzen (vgl. www.catholicsforchoice.org/onlinepubs/conservativecatholics/zaborska.pdf). Die Auswirkungen dieser Wahl auf die Arbeit im Ausschuss sind noch nicht eindeutig abschätzbar, es lässt sich jedoch feststellen, dass sich die Bedingungen für die Ausschussarbeit verändern. Erstens hat die Ausschussvorsitzende eine zentrale Rolle bei der Wahl der Ausschussthemen und bei der inhaltlichen Repräsentation nach außen. Sie hat Einfluss auf die Agenda und kann wesentlich mitbestimmen, welche Probleme der Ausschuss in Angriff nimmt. Zweitens ist das Engagement der Vorsitzenden ein wesentlicher Faktor für die Präsenz und Aktivität des Ausschusses. Auch diesbezüglich ist Unzufriedenheit mit der derzeitigen Vorsitzenden bei einigen Ausschussmitgliedern festzustellen, die aufgrund des mangelnden Einsatzes und Inaktivität Záborskás eine Schwächung des FEMM-Ausschusses befürchten. Die Interviews verdeutlichen, dass der FEMM-Ausschuss momentan noch damit beschäftigt ist, sich mit der neuen Lage zu Recht zu finden und sich in den neuen Kräfteverhältnissen einzurichten.

Eine weitere Frage ist, ob sich zukünftig thematische Spaltungen zwischen „Ost" und „West" bemerkbar machen. Grundsätzlich lässt sich aus den Interviews nicht ableiten, dass diese Spaltung in der thematischen Arbeit des Ausschusses zum Tragen kommt. Regionale Differenzen innerhalb der Fraktionen waren entlang spezifischer Themen

schon vor der Erweiterung ein entscheidender Faktor. Aufgrund der steigenden Heterogenität durch die Erweiterung werden regionale Differenzen weiterhin eine Rolle spielen, diese werden aber nicht notwendigerweise entlang der Linie von neuen und alten Mitgliedsländer verlaufen. Die Transformation in den MOE-Staaten nach 1989 hat durchaus unterschiedliche Genderregime hervorgebracht (vgl. Pascall/Lewis 2004), und es werden sich daher auch künftig unterschiedliche, themenspezifische Allianzen bilden. Reproduktive Rechte stellen beispielsweise auch nach der Erweiterung ein Feld fraktionsinterner Brüche und länderübergreifender Bündnisse dar.
Grundsätzlich weisen die Interviews und ebenso die Literatur (vgl. Benedetto 2005) darauf hin, dass die Arbeit im FEMM-Ausschuss – wie in den anderen Ausschüssen auch – sehr akteurInnenzentriert ist. Aktive AkteurInnen (z.B. BerichterstatterInnen) können sich durch ihr Engagement und ihre fachliche Expertise äußerst stark in die Ausschussarbeit einbringen (ebd.). Vor allem den Ausschussmitgliedern aus den neuen Mitgliedsländern wird in den Befragungen große Aktivität und Engagement nachgesagt. Da die Zusammensetzung der Fraktionen mitunter sehr heterogen ist, kann weder von einer kohärenten Bewertung der Gleichstellungspolitik durch die neuen Ausschussmitglieder noch grundsätzlich von einer Differenz in frauenpolitischen Einstellungen zwischen Abgeordneten aus neuen und alten Mitgliedsländern ausgegangen werden. Die Zusammenarbeit der Ausschussmitglieder ist von zentraler Bedeutung, weil es eines breiten Konsenses im Ausschuss bedarf, damit Berichte und Stellungnahmen eine Chance auf Verabschiedung im Plenum des EP haben.
Inhaltlich sind nach der Erweiterung im FEMM-Ausschuss keine grundlegenden Verschiebungen zu beobachten. Die thematische Kontinuität wird durch Dokumente und Interviews bestätigt. Verstärkt auf der Agenda des Ausschusses stehen die nächste Erweiterungsrunde und die Situation von Frauen aus ethnischen Minderheiten. Die ungarische Abgeordnete Járóka Lívia ist als erstes Mitglied des EP aus der Volksgruppe der Roma auch Mitglied im FEMM-Ausschuss. In Vorbereitung ist ein Bericht zur Situation der Roma-Frauen in der EU.

Zusammenfassung und Ausblick

Nach der Erweiterung lassen sich im FEMM-Ausschuss mehrere Entwicklungslinien beobachten: *Erstens* ist der Ausschuss in einer Umbruchphase, zu der die EU-Erweiterung sicherlich ihren Beitrag geleistet hat, die aber ebenso auf andere Faktoren zurückgeführt werden kann, welche sich bereits vor der Erweiterung abzeichneten. Diese Umbruchphase ist verbunden mit einer Verschiebung von politischen Kräfteverhältnissen und einer Neubesetzung des Amts der Vorsitzenden. Da die Position der Vorsitzenden zentral ist und deren Besetzung mit Záborská unter anderem aufgrund ihrer mangelnden frauenpolitischen Aktivitäten sehr umstritten war, wird die Ausschussarbeit vermutlich zukünftig unter konservativeren Vorzeichen ablaufen als bisher. *Zweitens* lässt sich anhand der Arbeit im Ausschuss nicht belegen, dass sich

zukünftig eine Trennlinie zwischen neuen und alten EU-Ländern ergibt. Da Konflikte im Ausschuss schon immer nicht nur entlang von Fraktionsgrenzen, sondern auch entlang regionaler Linien verliefen, werden aufgrund der nunmehr noch ausdifferenzierteren Zusammensetzung diese regionalen themenspezifischen Differenzen weiterhin von Bedeutung sein. Aufgrund der heterogenen politischen Hintergründe der neuen Abgeordneten kann vermutet werden, dass diese Differenzen wahrscheinlich nicht entlang von Ost-West verlaufen werden, sondern sich themenspezifische regionale Allianzen bilden werden. *Drittens* ist die Arbeit im Ausschuss sehr akteurInnenzentriert. Die Aktivität der Mitglieder und ihr persönlicher Arbeitsschwerpunkt wird weiterhin für die Ausschussarbeit von zentraler Bedeutung sein. Gerade durch die persönliche Profilierung auf einem thematischen Gebiet (wie z.B. Minderheitenpolitik) bieten sich auch zukünftig Möglichkeiten, neue Themen auf die Arbeitsagenda des FEMM-Ausschusses zu bringen.

Anmerkungen

1 Interview mit Christa Prets (MEP, FEMM-Ausschuss) am 2.9.2005, mit MEP Karin Scheele (MEP) am 23.9.2005. Interviewanfragen wurden auch an Mitglieder des FEMM-Ausschusses aus der Slowakei, Ungarn und Österreich gestellt. Des Weiteren wurden an alle Ausschussmitglieder schriftliche Anfragen zur Thematik übermittelt. Dieser Anfrage sind freundlicherweise Anneli Jäätteenmäki, Edite Estrela, Angelika Niebler und Doris Pack nachgekommen.

2 Der durchschnittliche Frauenanteil in den nationalen Parlamenten der EU-15-Mitgliedstaaten (23%) wurde im April 2004 von keinem der zehn Beitrittsstaaten übertroffen, wobei es auch innerhalb der EU-15 große Differenzen gab. So war der Anteil von Frauen etwa im nationalen Parlament in Griechenland (8,7%) oder Italien (9,8%) um einiges geringer als in einigen Beitrittsländern (u.a. Lettland 21%, Polen 21%) (vgl. Fuchs/Hoecker 2004, 4ff.). Im EP betrug der Durchschnitt 1999 33%, seit 2004 30%.

3 In der Frage Prostitution unterscheiden sich beispielsweise VertreterInnen skandinavischer Länder in der Herangehensweise, im Problembewusstsein und in ihren Vorstellungen zur politischen Regelung tendenziell von den VertreterInnen anderer Mitgliedsländer. Die Gesundheitspolitik ist ein Beispiel für Differenzen zwischen mediterranen und nicht-mediterranen Ländern. Dies ist auf unterschiedliche Gender-Regime zurückzuführen, die auch für die „alten" Mitgliedsländer der EU charakteristisch ist (vgl. z.B. Stetson/Mazur 1995). Schweden und Finnland streben hinsichtlich der Regulierung von Prostitution eine Beseitigung dieser durch Verbot an, während z.B. die Niederlande, Österreich oder Spanien eine Legalisierung befürworten (vgl. Outshoorn 2004, 276).

4 Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz im FEMM-Ausschuss war im Zuge der Verhandlungen zwischen der Fraktion der EPP zugefallen. Normalerweise ist die Wahl in den Ausschüssen danach reine Formsache. Aus Protest gegen die Nominierung von Záborská war die Wahl der Ausschussvorsitzenden bei der konstituierenden Sitzung am 23. Juli 2004 auf Antrag von Lissy Gröner (SPE) vertagt worden, da neben den sozialdemokratischen Abgeordneten auch die Fraktionen ELDR, die Grünen und Freie Europäische Allianz, die EUL/NGL sowie fraktionslose Abgeordnete für die Vertagung stimmten. Da sich die EPP weigerte, die Nominierung rückgängig zu machen, nahmen die SPE-Abgeordneten an der Wahl am 26. Juli nicht teil und ermöglichten somit die Wahl von Záborská.

Literatur

Albertini-Roth, Hilde, 1998: Europa. *Eine Chance für die Frauen. 20 Jahre Fraueninformation der Europäischen Kommission*. Köln.

Benedetto, Giacomo, 2005: „Rapporteurs as legislative entrepreneurs: The dynamics of the codecision procedure in Europe's Parliament". *Journal of European Public Policy.* 12. Jg. H. 1, 67-88.

Erbe, Birgit, 2002: „Anpassung oder Emanzipation der Frauen? Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union". In: Allrogen, Ulrike u.a. (Hg.): *Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union*. Hamburg, 11-30.

Europäisches Parlament, 2003: *Bericht über die Wahl 2004 und die Frage, wie eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern gewährleistet werden kann*. A5-0333/2003. Brüssel.

Fuchs, Gesine/Hoecker, Beate, 2004: *Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten.* Internet: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLITIKANALYSE/EUROKOLLEG49_lang.pdf (September 2005).

Ghodsee, Kristen, 2004: „Feminism by design. Emerging Capitalisms, Cultural Feminism and Women's Nongovernmental Organizations in Postsocialist Eastern Europe". *Signs*. 29. Jg. H. 3, 727-753.

Havelková, Hana, 1995: „Real existierender Feminismus". *Transit*. 6. Jg. H. 9, 146-158.

Jalušić, Vlasta, 1998: „Gender and Political Transformation in Central and Eastern Europe". In: Austrian Political Science Association (Hg.): *Losers of the Wende – Winners of the EU? Documentation of the Conference in Vienna, November 6th-8th*. Wien, 13-24.

Jalušić, Vlasta, 2000: „Freiheit ohne Gleichheit? Frauen und Politik in den neuen Demokratien". *Transit*. 10. Jg. H. 18, 67-80.

Journalistinnenbund, 2005: *Pressereise nach Brüssel Januar 2005 – Berichte*. Internet: http://www.journalistinnen.de/aktuell/pdf/pressereise_bruessel_berichte.pdf (September 2005).

Kopel, Mechthild/Wilke, Christiane, 2005: „Bringt Europa Frauen nach vorn? Die Gleichstellungs- und Frauenpolitik muss auf der politischen Agenda bleiben". In: Dies. (Hg.): *Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung*. Hamburg, 7-27.

Kreisky, Eva, 1996: „Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie". In: Dies. (Hg.): *Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie*. Wien, 7-22.

Lorenz-Meyer, Dagmar, 2003: „Strategien zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern – Probleme der EU-Gleichstellungspolitik (nicht nur) bei der Osterweiterung". In: *Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa. Dokumentation der Konferenz vom 21.-23. Februar 2003*. Internet: http://www.frauenakademie.de/dokument/img/lorenz.pdf (September 2005).

Možnost' vol' by, o.J: *Press about Zaborska election*. Internet: http://www.moznostvolby.sk/eng_mon_zaborska.htm (September 2005).

Outshoorn, Joyce (Hg), 2004: *The Politics of Prostitution. Women's Movements, Democratic States and the Globalisation of Sex Commerce*. Cambridge.

Pascall, Gillian/Lewis, Jane, 2004: „Emerging Gender Regimes and Policies for Gender Equality in a Wider Europe". *Journal of Social Policy.* 33. Jg. H. 3, 373-394.

Rölke, Kirsten, 2005: „Mitmischen, mitgestalten, vernetzen: Frauen bewegen Politik in der EU". In: Dies. u.a. (Hg.): *Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik nach der EU-Erweiterung*. Hamburg, 144-155.

Sauer, Birgit, 2001: „Vom Nationalstaat zum Europäischen Reich? Staat und Geschlecht in der Europäischen Union". *Feministische Studien.* 18. Jg. H. 1, 8-20.

Schunter-Kleemann, Susanne, 2002: „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU unter die feministische Lupe genommen". In: Allroggen, Ulrike u.a. (Hg.): *Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union*. Hamburg, 69-92.

Shackleton, Michael, 2002: „The European Parliament". In: Peterson, John/Shackleton, Michael (Hg.): *The Institutions of the European Union*. Oxford, 95-117.

Šiklová, Jiřina, 1993a: „Verstehen die Frauen im Westen die Frauen im Osten?". In: Jansen, Mechthild M./Walch, Regine (Hg.): *Frauen in Osteuropa. Erweiterte Dokumentation der Tagung „Frauen in Osteuropa" vom 9.-11.10.1992*. Wiesbaden, 175-181.

Šiklová, Jiřina, 1993b: „McDonalds, Terminators, Coca Cola Ads – and Feminism? Import from the West". In: Trnka, Susanna/Busheikin, Laura (Hg.): *Bodies of Bread and Butter. Reconfiguring Women's Lives in the Post-communist Czech Republic*. Prague, 7-12.

Šiklová, Jiřina, 1998: „Why We Resist Western-Style Feminism". *Transitions*. 5. Jg. H. 1, 30-35.

Stetson, Dorothy McBride/Mazur, Amy G. (Hg.), 1995: *Comparative State Feminism*. Thousand Oaks u.a.

Wallace, Claire, 1995: „Eine Westfeministin geht in den Osten". *Transit*. H. 9., 129-145.

Wöhrer, Veronika, 2004: „Border Crossers. Gender discourses between ‚East' and ‚West'". In: Frunză, Mihaela/Văcărescu, Theodora-Eliza (Hg.): *Gender and the (Post) „East"/„West" Divide*. Cluj-Napoca, 61-79.